



ZENTRALAUSSCHUSS FÜR DIE BEDIENTETEN DES ÖFFENTLICHEN SICHERHEITSWESENS BEIM  
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES  
1010 Wien, Herrengasse 7, Telefon 01/53126-3484, E-Mail: bmi-za-polizei@bmi.gv.at

---

## BERICHT ÜBER DIE ZENTRALAUSSCHUSSITZUNG vom 14. und 15.12.2016

(Inhalte auszugsweise und unter Wahrung des Datenschutzes)

### Personalmaßnahmen

#### VERSETZUNGEN

Es wurden bundesweit 2 Versetzungen beschlossen

#### PLANSTELLENBESETZUNGEN

Es wurden bundesweit 30 Planstellenbesetzungen beschlossen

### Anträge und Antragsbeantwortungen

#### Anträge

##### Fachausschuss Oberösterreich

- ) Antrag auf Verhandlungen mit dem BM.I betreffend Besetzung der Planstelle des Kommandanten bei der PDHI Linz

##### Fachausschuss Steiermark

- ) Antrag um Aufstockung der E-Mail – Postfachgröße auf zumindest 1 GB
- ) Antrag auf Aufsystemisierung der AEG-Leiter der alpinen Einsatzgruppe „Hochsteiermark“ und „Murtal“

##### Fachausschuss Kärnten

- ) Antrag betreffend einer Vollzeitkraft für die Polizeiküche in Villach
- ) Antrag auf Aufhebung der Zuteilungen aus dem Bereich der LPD Kärnten zur LPD Burgenland - Grenzeinsatz
- ) Antrag auf Aufsystemisierung des Kriminalreferates beim SPK Klagenfurt um 8 Planstellen für Tatortspurensicherer und um eine Planstelle für Bezirksdatenermittler



## Polizeigewerkschaft

- ) Antrag auf Bewertungsverbesserungen für den Fachbereich See- und Stromdienst bei der PI Hard-Seedienst

## FCG im Zentralausschuss

- ) Im Zusammenhang mit der mit dem Projekt GEMEINSAM SICHER in Aussicht gestellten doch beachtlichen Ressourcen, stellt die FCG im Zentralausschuss den Antrag auf:

### 1) Ausweitung der E2b-Zulage

Von den Kollegen und Kolleginnen müssen zB schwierigste Amtshandlungen schon mit nur wenigen Monaten Praxiserfahrung abgearbeitet werden.

### 2) Ausdehnung der Nachtzeitgutschrift

Der Polizeiberuf hat sich auf Grund verschiedenster Einflüsse (gesetzliche Änderungen, höheres Gewaltpotential beim Gegenüber, Terrordrohungen etc.) massiv verändert und deshalb sind besonders bei Nachtdiensten die Belastungen entsprechend höher. Diesen Belastungen kann nur mit zusätzlichen Regenerationsmaßnahmen entgegen gewirkt werden.

### 3) Verbesserung der E2a-Bewertungen bei allen nachgeordneten Dienststellen der LPDs

Mit der gerade umgesetzten Geschäftseinteilungsänderung im BM.I wurden in der Zentralstelle beachtliche Verbesserungen geschaffen und können solche Verbesserungen seitens der Personalvertretung nur befürwortet werden. Jedoch darf dabei aber auch nie die Polizeibasis vergessen werden, die mit den ständig wachsenden Herausforderungen des täglichen Dienstbetriebes (Terror, Flüchtlingswelle, staatsfeindliche Verbindungen, Flüchtlingswesen etc.) konfrontiert ist. Für diverse Projekte wie z. B. GEMEINSAM SICHER werden entsprechende Kosten in Kauf genommen, die jedoch nur für einzelne Kollegen/innen zu Verbesserungen führen.

- ) Antrag auf Einbindung der Personalvertretung bei der Erarbeitung eines Tools zur Einschätzung der situativen Gefährdungslage bei Wegweisungen und Betretungsverboten – Projekt SALFAG

## Zentralausschuss

Neuerlicher Antrag, das Projekt GEMEINSAM SICHER und insbesondere das Rollout sofort einzustellen und seitens der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit dafür zu sorgen, dass diese zweifelsfrei wichtige Aufgabe der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern von den laut Arbeitsplatzbeschreibung Verantwortlichen in der Linienorganisation wahrgenommen wird. Weiters sind wegen der beabsichtigten Planstellenschaffung und der Einführung neuer Arbeitsmethoden umgehend Verhandlungen mit der Personalvertretung aufzunehmen.



## Antwortschreiben

### **BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des Fachausschuss Steiermark betreffend Kostenoptimierung bei der Fahrzeugbeschaffung**

Es erfolgte eine Richtigstellung der im Antrag angeführten Kosten. Des Weiteren wurde festgestellt, dass eigene Werkstätten unrentabel sind, da ein Zugriff auf alle erforderlichen elektronischen Wartungs- und Werkstattbücher, die permanente Schulung des Personals auf allen eingesetzten Marken und Typen, sowie der Ankauf markenspezifischer Testgeräte erforderlich wäre.

### **BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des Fachausschuss Burgenland betreffend Bewertungen im Bereich der Geschäftsführung der LPD Burgenland**

Es wird mitgeteilt, dass die Aufgabenstellung der genannten Arbeitsplätze aus organisatorischer Sicht im Vergleich mit anderen LPDs zwar die gleiche ist, hierbei aber berücksichtigt werden muss, dass die Führungsspanne mit doppelter oder dreifacher Personal- und Sachressourcenverantwortung zweifellos durch den Einfluss der Quantität auf die Qualität zu einer unterschiedlichen Bewertung der genannten Arbeitsplätze führen muss. Diese Feststellung ist durch zahlreiche verwaltungsgerichtliche Entscheidungen zu untermauern.

### **BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des DA-SIAK betreffend Regelung der Dienstverrichtung mit vollständiger Bewaffnung bei Einsatzanforderungen von PGA**

Bei exekutivdienstlichen Einsätzen sind die Lehrgangsteilnehmer durch dienst erfahrene Exekutivbeamte zu betreuen, wobei bei Ausrückungen ab Lehrgangsstärke die Betreuung jedenfalls durch Stammpersonal des BZS zur erfolgen hat. Für eine ordnungsgemäße Ausgabe und Rücknahme der Einsatzmittel im BZS ist jedenfalls Vorsorge zu treffen.

### **BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des Fachausschuss Steiermark bezüglich Reparaturpauschale und Bekleidungsbeitrag – auf Auszahlung der vollen Beträge bzw. jederzeit möglichen Anforderung in der Höhe des Kontostandes**

Eine jederzeitige Anforderung des Bekleidungsbeitrages und der Reparaturpauschale würde einen erheblichen technischen und wirtschaftlich unvertretbaren Programm- und Verwaltungsaufwand hervorrufen. Darum kann eine jederzeitige Anforderung des Bekleidungsbeitrages und der Reparaturpauschale nicht durchgeführt werden.

### **BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des Fachausschuss Oberösterreich auf die Integrierung von Polo-Shirts in das Massa-Produktsortiment**

Die Einführung eines Poloshirts entspricht nicht dem Uniformkonzept des BM.I und würde zwangsläufig das äußere und einheitliche Erscheinungsbild des Wachkörpers „Bundespolizei“ negativ beeinflussen. Zu den Motorrad-Funktionshemden ist anzumerken, dass diese für den spezifischen Verwendungsbereich gefertigt wurden. Dabei wurde eine dichtere und weniger elastische Strickart gewählt, um dem Fahrtwind beim Motorradfahren entgegenzuwirken. Deshalb ist das MR-Funktionshemd für die Verwendung im polizeilichen Regeldienst nicht geeignet.

**BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des Fachausschuss Steiermark betreffend Refundierung der Kosten für den Ankauf von Regenjacken für Beamte des Kriminaldienstes**

Für Exekutivbedienstete welche Anspruch auf 75% Bekleidungsbeitrag haben, ist der Ankauf einer vergleichbaren zivilen Regenjacke nicht möglich, da der Dienstgeber eine Dienstverrichtung in Zivilkleidung nicht ausdrücklich voraussetzt. Es kann die Dienstverrichtung sowohl in der dafür vorgesehenen Dienstkleidung als auch in Zivilkleidung ausgeübt werden.

**BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des Fachausschuss Steiermark um Meldeauskunftssperre für Polizeibeamte**

Die Bewilligung oder amtswegige Verfügung einer Auskunftssperre nach § 18 Abs. 2 MeldeG ist als Einzelfallentscheidung konzipiert, weshalb vom jeweiligen Betroffenen der Behörde ein entsprechendes schutzwürdiges Interesse glaubhaft gemacht werden muss.

Personengruppenspezifische Sonderregelungen für Auskunftssperren finden sich im MeldeG für Exekutivbedienstete nicht, wonach eine „amtswegige“ Auskunftssperre für alle Exekutivbediensteten ex lege nicht möglich ist.

**BM.I: Antwortschreiben zum Antrag der AUF betreffend Einrichtung eines „Alarm-Button“ bei jenen Computer-Arbeitsplätzen auf den Dienststellen, wo Parteienverkehr herrscht**

Im Bereich der LPD Wien steht eine entsprechende Anwendung schon zur Verfügung. Es handelt sich um eine Eigenprogrammierung der LPD Wien. Die Thematik wird unter Einbindung der relevanten Org-Einheiten des Hauses einer näheren Prüfung unterzogen werden. Die gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen im Bereich der LPD Wien werden einer genauen Beurteilung unterzogen, damit im Rahmen des Bedarfes eine zukunftsorientierte, praktikable und einheitliche Lösung dieser Alarmfunktion angeboten werden kann

---

Seit der letzten ordentlichen Sitzung wurden vom Zentrallausschuss insgesamt 323 Schriftstücke behandelt.

---

***Der Zentrallausschuss für die Bediensteten des öffentlichen Sicherheitswesens wünscht allen Kolleginnen und Kollegen eine frohes und besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Jahr 2017!***

**Mit kollegialen Grüßen**

**Reinhard ZIMMERMANN**  
Vorsitzender

**Hermann WALLY**  
Vorsitzender Stv.

**Dietmar HEBENSTREIT**  
Vorsitzender Stv.

